

Europa erweitert - und was nun?

Ein Gespräch mit Günter Grass

Von Wolf Scheller

Frage: Herr Grass, Sie haben in früheren Jahren davor gewarnt, das Zusammenwachsen nur unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu betreiben. Jetzt sind zehn neue Länder dazugekommen. Wie urteilen Sie heute über diesen Prozess?

Grass: Das war notwendig und auch nicht mehr aufzuschieben. Aber man muß wissen, daß dieses größere Europa schon seit geraumer Zeit unter einem demokratischen Defizit leidet. Und das wird auch eine neue Entdeckung für die osteuropäischen Länder sein. Sie werden feststellen, daß auch nach ihrem Beitritt jetzt der Wasserkopf Brüssel weiter anschwellen wird. Die Bürokratie zunehmen wird, und auf der anderen Seite das Strassburger Parlament unzureichend mit demokratischen Kontrollmaßnahmen Brüssel gegenüber ausgestattet ist. Es hat nach wie vor den Charakter eines Spielparlaments. Ich habe zumindest die Hoffnung, obwohl ich in gleicher Weise skeptisch bin. Natürlich werden die neuen Mitgliedsländer zuerst auf die Töpfe in Brüssel gucken - was können wir dort bekommen. Aber wünschenswert wäre natürlich ein demokratischer Impuls, daß von diesen Ländern auch die Forderung ausgeht, das Parlament zu stärken, endlich zu einer Verfassung zu kommen, Europa außenpolitisch handlungsfähig zu machen. Die letzten Krisen bis in den durch nichts legitimierten Irakkrieg hinein haben deutlich gemacht, wie ohnmächtig Europa in solchen Situationen ist.

Frage: Was bringen die ost- und mitteleuropäischen Länder mit in diese Europäische Union?

Grass: Zuerst einmal ihre eigene Kultur. Sie werden uns lehren, uns beibringen - auf sehr höfliche Art und Weise, wie dies in Mitteleuropa üblich ist, aber doch sehr deutlich - daß die Mitte Europas nicht in Paris, sondern in Prag liegt, was für die Franzosen unter anderem eine ganz neue Erkenntnis ist. Das ist ja nicht nur etwas Neues für diese neuen Mitgliedsländer, sondern eben auch für die angestammten europäischen Länder, die bis jetzt immer, obwohl sie sich als Westeuropa verhalten haben, von Gesamteuropa gesprochen haben, was eine Art Etikettenschwindel war. Das hört nun auf. Es wird nicht nur eine Verwestlichung der Beitrittsländer langsam vonstatten gehen, sondern wir werden uns auch veröstlichen.

Frage: Befürchten Sie die Rückkehr alter europäischer Gespenster wie etwa das Anwachsen von Antisemitismus und Nationalismus?

Grass: Das wird von Land zu Land verschieden sein. Wir haben hier in Deutschland über Jahrzehnte hinweg die Erfahrung gemacht, daß der Vergangenheit nicht auszuweichen ist.

Und wenn wir es trotzdem versucht haben - und es gab ja mehrere Ansätze, daß man sagte: Jetzt muß doch mal Schluß sein mit der Debatte! ... dann wurden wir prompt von unser Vergangenheit eingeholt und das Streitgespräch, das Suchen nach und das Nichtfinden von Antworten ging weiter. Und das hat sich bis heute nicht beenden lassen. Und das trifft natürlich in unterschiedlicher Weise auch auf die neuen Mitgliedsländer zu, zum Beispiel auf Ungarn. Ungarn ist an der Deportation und späteren Ermordung von einer halben Million Juden mitbeteiligt gewesen. Ein Thema, das bis heute weitgehend ausgeklammert ist, aber dennoch wird man sich in diesem Land dieser Frage und dieser Mitverantwortung stellen müssen. Gleiches trifft auf Litauen zu. Es trifft nicht in gleichem Maße auf Polen zu, obgleich es in Polen auch Kollaboration und Antisemitismus gegeben hat, vor dem Krieg, während des Krieges, und auch noch in der Gegenwart ist er spürbar und artikuliert sich auch auf schreckliche Art und Weise.

Frage: Das nachbarschaftliche Verhältnis zu Polen und Tschechien hat sich in der letzten Zeit empfindlich abgekühlt - etwa durch den Streit um das geplante Zentrum gegen Vertreibungen - und nicht zuletzt auch durch das Festhalten der tschechischen Politik an den umstrittenen Bènes-Dekreten. Wieso wird hierüber heute so heftig gestritten?

Grass: Polen hat eine leidvolle Erfahrung gemacht, die Tschechoslowakei auch. Die Wunden schmerzen bei Wetterumschlag immer noch. Die ältere Generation ist zum Teil noch vorhanden, die das alles miterlebt hat. Es gibt in Polen kaum eine Familie, die nicht davon betroffen ist, was in deutscher Verantwortung in diesem Land geschehen ist. Und wenn dann dieses Projekt - Zentrum gegen Vertreibung mit Standort Berlin forciert in die Welt gesetzt wird, muß man sich nicht wundern, wenn man darauf empfindlich reagiert. Es ist richtig und notwendig, dieses europäische Thema „Vertreibung“ anzugehen. Aber wenn man das auf das Verhältnis zu Polen und Tschechen konzentriert, dann muß man von Anfang an beide Länder mit ins Boot nehmen, dann kann man denen nicht sagen: Wir machen das in Berlin, und wir werden schon auf Eure Belange eingehen - das ist eine koloniale Haltung, auf die man zu Recht empfindlich reagiert. Es ist dann von polnischer Seite der Vorschlag Breslau als Standort gekommen, was auf jeden Fall richtig wäre als Berlin, denn Breslau ist eine Stadt mit ausgetauschter Bevölkerung. Die Deutschen sind vertrieben worden, und die vertriebenen Polen aus Ostpolen haben unter anderem in Breslau eine neue Heimat gefunden. Mit übrigens vergleichbaren Anpassungsproblemen der ehemals Ostdeutschen. Wenn man sich auf diese gemeinsame Erfahrung konzentriert hat, auf die Erkenntnis, daß das von uns begonnene Unrecht der Vertreibung dann Folgen gehabt hat, unter denen wir auch zu leiden hatten, dann

wird man sich dieser Problematik besser nähern können als wenn man von Berlin aus sagt:  
Wir machen jetzt ein Zentrum gegen Vertreibungen, und das sitzt in Berlin.

Frage: Das gehört unter das Oberthema „Die Deutschen als Opfer“. Ist Ihnen ganz wohl beim Verlauf dieser Debatte, die Sie mit Ihrem Buch über den Untergang der „Wilhelm Gustloff“ („Im Krebsgang“) ja selbst mitangestoßen haben?

Grass: Entweder sind es dumme Mißverständnisse oder man hat bewußt sein Süppchen darauf kochen wollen. Meine Darstellung des Untergangs der „Wilhelm Gustloff“ ist aus dem Kontakt herausgerissen dann natürlich eine Reduzierung auf eine Opfergeschichte. Aber ich beginne ja nun mit dem Nazifunktionär Gustloff in der Schweiz, mit seinem Tod, mit seiner Ermordung. Es ist die Biographie des U-Boot-Kommandanten Marineskow miteinbezogen, es ist eine fiktive Handlung in dem Ganzen drin. Es wird deutlich, daß das Ganze kein Kriegsverbrechen war, so schrecklich es gewesen ist. Die „Gustloff“ hatte nicht nur Flüchtlinge an Bord, auch wenn es überwiegend Flüchtlinge waren.. Es waren über 1000 Marinerekruten und 370 Marinehelferinnen an Bord, es waren Flakgeschütze aufmontiert, also man konnte und kann nicht von einem Kriegsverbrechen sprechen.

Frage: Sie haben gesagt: Ein Unrecht bedingt das andere - mit Blick auf die Vertreibungen und auf den Bombenkrieg. Haben wir uns zu wenig mit dem Leiden der deutschen Zivilbevölkerung im 2. Weltkrieg beschäftigt?

Grass: Das ist sicher richtig. Aber es liegt eben auch daran, daß die Fähigkeit nicht weit verbreitet ist, zu erkennen, daß das uns zugefügte Leid, sei es durch Bombenkrieg, sei es durch Vertreibung, ein Leid ist, das wir selbst ausgelöst haben. Wenn man diesen komplexen Sachverhalt im Auge hat, hört das lineare Argumentieren auf. Dann wird es eben das Einerseits/Andererseits, dann muß man die Relationen sehen. Dann kann man eben einfach nicht verdrängen, daß wir mit Warschau, mit Rotterdam und Coventry angefangen haben. Und dann kam es natürlich mit weit größerer militärischer Macht auf uns zurück. Aber angefangen haben wir. Auch wir haben angefangen, gleich nach der Besetzung polnische Bauern von ihren Höfen zu vertreiben, um die aufgrund des Hitler-Stalin-Paktes aus dem Baltikum anreisenden Baltendeutschen dort anzusiedeln. Das war die erste Vertreibung innerhalb dieses Prozesses.

Frage: War denn das Wort von der Aussöhnung zwischen Deutschen und Polen in den letzten Jahren nur Augenwischerei?

Grass: Wir sind ja ein ganzes Stück schon weiter gewesen, und es stellt sich die Frage, inwieweit wir das in Deutschland überhaupt wahrgenommen haben. In Polen war das Gespräch über das, was wir als Vertreibung erfahren haben, in gewissem Sinne auch

tabuisiert. Man sprach in nationalistischem Tonfall, nicht nur die kommunistische Partei, auch die katholische Kirche, von zurückeroberten urpolnischen Gebieten. Genauso, wie bei uns die Flüchtlingsverbände von uraltem deutschen Siedlungsgebiet gesprochen haben. Beides ist falsch. Und dann begann zum Beispiel in der Literatur die jüngere Generation polnischer Autoren Fragen zu stellen: Wer hat an diesem Tisch einmal früher gegessen? Wer hat in diesem Haus gewohnt? Wessen Kinder waren das, die ihr Kinderzimmer dort in der Dachkammer hatten? Die Frage nach der Vergangenheit. Wie hieß das früher, wie war das mit der Hanse in Danzig zum Beispiel? Diese Fragen werden heute nicht nur in Danzig gestellt, sondern auch als Hinweise dafür genommen, sich im Ostseeraum anders zu orientieren.

Frage: Polen und sieben weitere Staaten in Osteuropa haben sich hinter die amerikanische Kriegspolitik im Irak gestellt. Hat dies auch zur Trübung des Verhältnisses geführt?

Grass: Das würde ich so nicht sagen. Es ist zum Teil ja sogar zu erklären, auch wenn ich es für falsch halte. In Polen wie auch in Ungarn oder in Tschechien schätzt man den eigenen Beitrag zum Zusammenfall der Sowjetunion relativ gering ein. Es ist die Großmacht Amerika, die uns befreit hat, und aus diesem verkürzten Verständnis der eigenen Geschichte und Entwicklung kommt dann so etwas auf, das wir aus unserer eigenen Geschichte her kennen: eine blindlings Vasallentreue.

Frage: Kann man eigentlich auf ein gesamteuropäisches Werteverständnis mit den neuen Mitgliedern in Osteuropa hoffen? Gibt es so etwas wie eine übergreifende Identität?

Grass: Eine gemeinsame Identität ist ein Wunschbild. Diese Identität traf nicht einmal auf Westeuropa zu, wie soll sie nun aus dem Stand heraus auf Gesamteuropa zutreffen! Das ist ein sehr langer Weg. Das liegt auch daran, daß der Prozeß der europäischen Einigung vor allem wirtschaftlich orientiert gewesen ist. Selbst der politische Teil hinkt hinterdrein, und was immer vernachlässigt worden ist - oder allenfalls als schmückendes Bonbon benutzt wurde, ist der gesamte Bereich der Kultur. Wenn sich eine europäische Identität beweisen oder entwickeln soll, dann wird das niemals auf wirtschaftlichen Interessen beruhen können. Sie sind divergierend und werden es bleiben, aber es gibt gemeinsame kulturelle Entwicklungen, es gibt Mischungen dieser und jener Art, Einflüsse über Jahrhunderte hinweg, von denen man natürlich Kenntnis nehmen muß. Wenn man also Identität entwickeln will, dann ist die kulturelle Verbundenheit, das Feststellen der Vielfalt innerhalb der Einheit eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür. Das wird immer ein Prozeß mit Fortschritten und Rückschritten sein, auch mit Überraschungen. Wenn auf der einen Seite, gefördert durch Brüssel, genormte Vereinheitlichungen zunehmen werden, wird im gleichen Maße in den

einzelnen Ländern nicht der Nationalismus, sondern der Regionalismus erstarken. Der verständliche Wunsch wird da sein: Also bitte keinen Einheitsbrei Europa betreffend, nicht nur eine Sorte Tomaten von Portugal bis zur polnischen Ostgrenze, nein, das wollen wir nicht. Es wird eine Betonung, sogar eine Überbetonung der Regionen geben als Gegengewicht, und das halte ich für richtig und vernünftig.